

Nº7

AUSZUG

ABSTRAKT

TASCHENLABOR FÜR ZUKUNFTSFRAGEN

ABWEHR

Überlebensstrategien im 21. Jahrhundert



*Mit Geschichten über die Macht der Geckofüsse,
Antischnarchbären und den Traum aller Forscher*

W.I.R.E.

WEB FOR INTERDISCIPLINARY RESEARCH & EXPERTISE

Wirtschaft | Gesellschaft | Life Science
Think Tank der Bank Sarasin & Cie AG
und des Collegium Helveticum von ETH und Universität Zürich

gestalten

ABWEHR

12 PSYCHOLOGIE

Frohsinn als Panzer | *Von Brigitte Boothe*

20 BIOLOGIE

Die Armee des Körpers | *Gespräch mit Johannes Ring*

28 GESELLSCHAFT

Sprengt die Bunker! | *Von Michèle Wannaz & Stephan Sigrist*

36 GESCHICHTE

Abhängigkeit schafft Sicherheit | *Gespräch mit Philipp Sarasin*

44 POLITIK

Die Import-Risiko-Versicherung | *Vom think tank foraus*

52 SPORT

Verteidigung beginnt im Angriff | *Gespräch mit Christoph Metzelder*

60 KULTUR

Touch wood | *Von Gesa Schneider*

68 WIRTSCHAFT

Warum Protektionismus schadet | *Von Burkhard Varnholt*

74 GESELLSCHAFT

Warum wir Grenzen brauchen | *Von Gerd Folkers*

76 GESELLSCHAFT

Selbstverteidigung für Gentlemen | *Von Edward W. Barton-Wright*

86

Abwehrkultur

88

Metamap

96

IDEEN, FAKTEN & FIKTIONEN

Geschichten über die Macht der Geckofüsse,
Algorithmen gegen Bandenkriminalität und die Taxonomie der Ideen

160

W.I.R.E.

DIE IMPORT-RISIKO-VERSICHERUNG

Ausländische Arbeitskräfte sind weltweit unerwünscht. Darauf lässt zumindest ihre ungebrochene gesetzliche Diskriminierung schliessen. Doch die Heimatschützer haben auf Dauer keine Chance gegen die Vorteile der Zuwanderung. Die logische Konsequenz: Arbeitsmigration muss liberalisiert werden. Ein Vorschlag am Fallbeispiel Schweiz.

Von Max Stern, Nicola Forster und Stefan Schlegel

Die Zuwanderungspolitik der Schweiz basiert auf dem sogenannten Zweikreisemodell. Wer in den inneren Kreis geboren wurde – Angehörige der EU- und EFTA-Staaten –, darf seine Arbeitskraft grundsätzlich frei anbieten, wer ausserhalb dieses Kreises geboren wurde, darf seine Arbeitskraft grundsätzlich überhaupt nicht anbieten. Ein ähnliches Verbot besteht inzwischen in allen Staaten der Welt.

Was das bedeutet, wird selten so klar auf den Punkt gebracht wie in diesem Zitat der Neuen Zürcher Zeitung: «Der Bundesrat will tiefere Importpreise und deshalb einen strengeren Umgang mit Kartellen (...) allerdings nur in Bezug auf Güter und Dienstleistungen. Am Arbeitsmarkt ist genau das Gegenteil angesagt: Importpreise (Löhne) weit unter dem helvetischen Niveau will die Regierung lieber nicht, und Sanktionen müssen nicht Kartellsünder gewärtigen, sondern jene, welche Kartellabsprachen unterlaufen.»

Warum wird so selten darauf hingewiesen, dass unser Arbeitsmarkt ein Kartell ist, das alle negativen Auswirkungen mit sich bringt, die mit der Ausschaltung des Wettbewerbs verbunden sind? Warum erscheint uns der Markt überall als Naturzustand, ausser im Wettbewerb um Arbeitsstellen?

Der Grund dafür ist, dass das Thema Zuwanderung mit sachfremden Problemen und Ängsten überladen ist. Migrationspolitik ist ein attraktiver Jagdgrund für politische Freibeuter. Zuwandernde können angegriffen werden, ohne dass dafür ein politischer Preis gezahlt werden muss. Damit die Zuwanderungsdebatte aus ihrer überhitzten Sterilität heraus findet, ist zunächst eine Entschlackung nötig. Es geht lediglich um die Frage, ob der Zugang zu einem spezifischen Markt – dem Arbeitsmarkt – liberalisiert werden soll.

Wie jede Liberalisierung hätte diese Gewinner und Verlierer. Es spricht aber einiges dafür, dass sie sehr viel mehr Gewinne als Verluste mit sich brächte. Alle Untersuchungen zum Thema gehen davon aus, dass der Mehrwert, der durch die Liberalisierung der Waren-, Kapital- und Dienstleistungsmärkte freigesetzt wird, lediglich ein Bruchteil des Mehrwerts ist, der durch eine Liberalisierung der Arbeitsmigration geschaffen würde. Migration ist die einzige Strategie, die innerhalb eines Menschenlebens zuverlässig aus der Armut in den Mittelstand führt. Das wissen nicht nur immer mehr potenzielle Migrierende, sondern auch deren Herkunftsländer. Auswanderung wird daher offen oder verdeckt gefördert. Eine Kontrolle der Landesgrenzen ist mit dem intensivierten internationalen Handel immer schwieriger, die Kosten für Reise, Kommunikation und die Rücksendung von Geld sinken rasch, die Zahl der Menschen,

die sich Migration leisten können, steigt entsprechend an und durch konstant hohe Wertschöpfung und demografische Alterung in westlichen Dienstleistungsgesellschaften steigt die Chance, Arbeit zu finden – ob legal oder schwarz. Mit einem Wort: Die Verteidigung des Kartells wird immer schwieriger und teurer. Wir sollten darum tief Luft holen und es uns eingestehen: Arbeitsmigration aus Drittstaaten muss kontrolliert liberalisiert werden, sonst befreit sie sich unkontrolliert aus den bürokratischen Fesseln der Heimatschützer. Die Freiheit wird sich Bahn brechen. Die Frage ist nur, ob gesteuert oder unkontrolliert.

AUS DEM SCHRECKENSSZENARIO EIN LANGFRISTIGES ZIEL MACHEN

Wenn das einmal gesagt ist, wird vieles einfacher. Migration ist dann endlich den Nimbus los, ein Problem zu sein, das irgendwann überwunden werden muss. Zuwanderung kann dann betrachtet werden wie die anderen Aspekte der Globalisierung auch: als eine aufkommende Möglichkeit des Handels, die nicht problemfrei ist, deren Vorteile aber überwiegen, wenn sie aktiv gestaltet anstatt einfach unterdrückt wird.

Wenn eine globale Personenfreizügigkeit auch lediglich als Fernziel formuliert würde, hätte das schon eine gewisse Wirkung. Auch eine atomwaffenfreie Welt und ein Staat Palästina sind langfristige Ziele. Aber es sind Ziele, keine Hirngespinnste mehr. Es besteht ein gewisser Druck, sich ihnen zu nähern.

DIE ÜBERWINDUNG DER PLANWIRTSCHAFT

Allmählich muss auch das Angebotskartell der auserwählten, hochwohlgeborenen Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt aufgeweicht werden. Es braucht eine Roadmap zur generellen Personenfreizügigkeit. Wobei mit Personenfreizügigkeit gemeint ist, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt liberalisiert wird, nicht der Arbeitsmarkt dereguliert. Die Bedingungen, zu denen die Arbeitskraft angeboten werden darf – Lohn- und Arbeitszeitvorschriften –, könnten weiterhin stark reguliert sein. Weil diese Bedingungen aber nur im regulären Arbeitsmarkt durchgesetzt werden können, muss der Zugang zum regulären Arbeitsmarkt auch allen Arbeitenden offenstehen.

Eine solche Liberalisierung könnte im Falle der Schweiz etwa erreicht werden durch eine schrittweise Erhöhung der Kontingente für Zuwandernde aus Drittstaaten. Aber Kontingente sind ein grobes und unflexibles Instrument, das die Bedürfnisse der Marktteilnehmer regelmässig nicht richtig abschätzt und anfällig ist für politischen Opportunismus. Kontingente sind sogenannte nichttarifäre Handelshemmnisse, protektionistische Massnahmen, die nicht über Gebühren, sondern über bürokratische Vorschriften funktionieren. Weil sie den Welthandel auf unübersichtbare und unberechenbare Weise erschweren, sind die nichttarifären Handelshemmnisse im System der Welt handelsorganisation (WTO) verboten (soweit es um Waren und Dienstleistungen geht) und müssen durch tarifäre Handelshemmnisse ersetzt werden. Wie im Handel mit anderen Ressourcen könnte auch im Arbeitsmarkt die Lösung zur Überwindung des Kartells darin liegen, die nichttarifären durch tarifäre Zugangsschranken zu ersetzen und diese dann sukzessive zu senken. Wer eine Arbeitskraft in

den Markt einführt – ob selber, durch Einreise aus einem Drittstaat oder durch Rekrutierung einer Arbeitskraft – müsste also einen Importzoll entrichten, statt wie heute in einem bürokratischen Spiessrutenlauf beweisen, dass unter den Mitgliedern des Kartells keiner zu finden ist, der den Job ebenfalls kann. Der Zoll könnte zu Beginn hoch sein, so dass er alle möglichen Folgen der Zuwanderung mit Sicherheit decken könnte. Er wäre in diesem Sinne auch eine Versicherungsprämie für die gesellschaftlichen Risiken der Zuwanderung – eine Import-Risiko-Versicherung für Human Resources gewissermassen.

Wäre das ungerecht? Ja, natürlich. Es wäre ein Festhalten an der Tyrannei der Geografie, eine Diskriminierung derjenigen, die unverschuldeterweise ausserhalb eines brauchbaren Arbeitsmarkts geboren wurden. Nur: Im Vergleich zu heute, wo der Zugang zu diesem Arbeitsmarkt rundweg verboten wird, wäre diese Ungerechtigkeit um ein Vielfaches geringer. Auch wenn der Zoll, der für jeden Zuwandernden entrichtet werden muss, sehr hoch wäre, könnten arme, wenig qualifizierte Migrierende im Gegensatz zu heute legal zuwandern. Sie müssten sich einfach verschulden. Aber das tun sie heute auch schon. Nur dass die Gebühr, die sie auf sich nehmen, heute nicht als Importzoll an die Verwaltung geht, sondern ans organisierte Verbrechen, das den Migrierenden falsche Papiere und einen irregulären Grenzübertritt verkauft. Migrierende, die es heute schaffen, das Kartell zu knacken, können ihre Schulden nur unter sinnlosen Entbehrungen und ohne den Schutz des Rechts wieder zurückverdienen.

AUS DEM ZOLL WIRD EINE PRÄMIE

Denkbar wäre sogar, dass der Tarif mit der Zeit nicht nur gesenkt wird, sondern irgendwann das Vorzeichen wechselt und zu einer Prämie wird, etwa in Form von Steuerprivilegien für Zuwanderer. Denn bereits jetzt zeichnet sich ein intensiver Wettbewerb um die wertvollste Ressource der Weltwirtschaft ab: Köpfe, die mitdenken, und Hände, die anpacken. Dann müssen Staaten den Eintrittspreis in ihren Arbeitsmarkt senken und vielleicht für die Eroberung zusätzlicher Arbeitskraft sogar drauflegen. Den Vorteil in diesem Wettbewerb werden jene Staaten haben, die früh mit der Liberalisierung der Migration begonnen haben. Die Schweiz könnte dabei, wie bei der Annäherung an andere Utopien, eine Vorreiterrolle spielen. Nicht, weil das eine noble Aufgabe ist, sondern, weil es im Interesse der Schweiz liegt, Migration in den Bahnen des Rechts zu liberalisieren, statt dem normativen Druck des Faktischen schliesslich nachgeben zu müssen.

Der unabhängige Think Tank foraus (Forum Aussenpolitik) engagiert sich mit wissenschaftlich fundierten Diskussionsbeiträgen für eine konstruktive Schweizer Aussenpolitik. Die foraus-Mitglieder sind in zehn thematischen Arbeitsgruppen tätig, um ausenpolitische Herausforderungen zu analysieren und mit konkreten Lösungsvorschlägen einen informierten Dialog anzuregen. foraus wurde im Herbst 2009 in Bern gegründet und ist schweizweit aktiv. Max Stern ist Geschäftsführer von foraus, Nicola Forster Präsident und Stefan Schlegel Leiter der foraus-Arbeitsgruppe Migration.

Texte, die diesen Artikel inspiriert haben:

Michael J. Trebilcock: The law and economics of immigration policy. American Law and Economic review, Nr. 2, 2011.

Gary S. Becker: The challenge of immigration – a radical solution. Institute of economic affairs, 2011.

Thomas Straubhaar: Labour market relevant migration policy. Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 1 / 2006.

Philippe Legrain: Immigrants: Your country needs them. Princeton University Press 2007.

Joel P. Trachtman: The international law of economic migration: Towards the fourth freedom. Upjohn Institute, 2009.

KONTAKT
sia@thewire.ch

REDAKTION
Simone Achermann
Redaktionsleitung, Researcherin W.I.R.E.

Michèle Wannaz
Redaktorin

Dr. Stephan Sigrist
Leiter W.I.R.E.

Dr. Burkhard Varnholt
CIO Bank Sarasin & Cie AG

Prof. Dr. Gerd Folkers
Direktor Collegium Helveticum

REDAKTIONELLE MITARBEIT
*Daniel Bütler, Florian Huber, Claudia Imfeld, Kristiani Lesmono,
Jessica Levy, Yasemin Tutav*

GESTALTUNG
Kristina Milkovic
Grafikleitung W.I.R.E.

Patrick Kuhn
Grafik Designer W.I.R.E.

Capucine Matti, www.capucinematti.ch
Illustrationen Bildstrecke «Abwehr»

ÜBERSETZUNG
Helen E. Robertson

LEKTORAT UND DRUCK
Neidhart + Schön AG

PARTNER
Verlag Neue Zürcher Zeitung

VERTRIEB
Die Gestalten Verlag GmbH & Co. KG
E-Mail: sales@gestalten.com
www.gestalten.com

ISBN 978-3-89955-430-4

© 2012

Disclaimer: Diese Publikation dient nur zu Informationszwecken. Soweit hierin auf die Bank Sarasin & Cie AG Bezug genommen wird, stellt sie kein Angebot und keine Aufforderung seitens der Bank Sarasin & Cie AG zum Kauf oder Verkauf von Wertschriften dar, sondern dient allein der Kommunikation. Dargestellte Wertentwicklungen der Vergangenheit sind keine verlässlichen Indikatoren für die künftige Wertentwicklung. Aus Gründen der sprachlichen Einfachheit verwenden wir in dieser Publikation in der Regel nur die maskuline Form. Dabei sind Frauen selbstverständlich immer mitgemeint. Wir erlauben uns den Hinweis, dass das grammatische nicht mit dem biologischen Geschlecht identisch ist. Bildnachweis: Wenn nicht anders vermerkt, liegen die Rechte bei den Autoren oder ihren Rechtsnachfolgern. Wir haben uns bemüht, sämtliche Rechteinhaber ausfindig zu machen. Sollte es uns in Einzelfällen nicht gelungen sein, die Rechteinhaber zu benachrichtigen, so bitten wir diese, sich bei W.I.R.E. zu melden. www.thewire.ch